

Spandau

MIETENDECKEL

Gekaufte Wohnungen: Gewobag nimmt Mieterhöhungen zurück

1000 Mieter in Spandau und Reinickendorf hatten trotz Mietendeckel vom vorherigen Eigentümer der Wohnungen Mieterhöhungen erhalten.

04.03.2020, 15:32 **Jessica Hanack**

3400 Wohnungen hat die Gewobag 2019 im Spandauer Kiez Heerstraße Nord gekauft. Mieterhöhungen werden dort nun zurückgenommen.

Foto: Reto Klar

Berlin. Die Erleichterung dürfte bei den Mietern groß sein: Für rund 1000 Wohnungen im Spandauer Kiez Heerstraße Nord und in Reinickendorf nimmt die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag Mieterhöhungen zurück. Dies betrifft Wohnungen, die die Gewobag im vergangenen September vom luxemburgischen Unternehmen Ado Properties gekauft hatte. Vor der Übernahme hatte Ado Properties, trotz des Mietendeckels, noch Schreiben an Bewohner geschickt und höhere Mieten gefordert.



ANZEIGE

Entdecke Großbritannien!



Entdecke Großbritannien! Nach London, Manchester oder Edinburgh ab 39,99€*. Worauf wartest du noch? [mehr](#)

„Wir haben die von der Ado veranlassten Mietänderungen zwischen dem 1. Juli und 1. Dezember 2019 mit Übernahme der rund 6000 Wohnungen in Spandau und Reinickendorf einer sorgfältigen Prüfung unterzogen“, teilt nun eine Sprecherin der Gewobag auf Nachfrage mit. Resultierend daraus nehme man alle Mietänderungen, die nach dem 18. Juni gefordert wurden, zurück – das betreffe sowohl Erhöhungen, denen die Mieter nicht zugestimmt haben, als auch solche, die von den Bewohnern akzeptiert wurden.

Morgenpost von Christine Richter

Täglich um 6.30 Uhr berichtet Ihnen die Chefredakteurin über die wichtigsten Ereignisse des Tages

Jetzt anmelden

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich den [Werberichtlinien](#) zu.

Gewobag verweist in Schreiben an Mieter auf den Mietendeckel

Anlass für die Rücknahme ist der Mietendeckel. Die Eckpunkte dafür hatte der Senat am 18. Juni 2019 beschlossen, am 23. Februar ist das Gesetz in Kraft getreten. In einem Schreiben an Mieter, aus dem der Alternative Mieter- und Verbraucherschutzbund zitiert, heißt es, der Mietendeckel lege fest, dass die Kaltmiete ohne Betriebskosten sowie Kosten für Heizung und Warmwasser auf dem Stand des 18. Juni 2019 eingefroren wird. Die Mietanpassung der Kaltmiete werde daher zurückgenommen.

Die Gewobag hatte sich lange zurückhaltend gegeben, was die Mieterhöhungen betraf, und damit Kritik von verschiedenen Seiten hervorgerufen. Das Unternehmen hatte erklärt, die Forderungen der Ado seien zum Zeitpunkt des Kaufvertragsabschlusses nicht bekannt gewesen. Noch im Dezember hieß es, man werde „nach der erfolgreichen Integration der Wohnungen“ die rechtliche Wirksamkeit vereinbarter Mieterhöhungen und die Einhaltung aller gesetzlichen Neuregelungen prüfen.

Bundestagsabgeordnete: Interessen der Mieter müssen Priorität haben

Auf eine Rücknahme der Mieterhöhungen hatten nach deren Bekanntwerden verschiedene Politiker gedrängt, darunter der Berliner SPD-Fraktionschef Raed Saleh und die Spandauer Bundestagsabgeordnete der Linken, Helin Evrim Sommer. Diese zeigte sich nun zufrieden, dass die Mieterhöhungen tatsächlich rückgängig gemacht wurden.

Dass die Interessen der Mieter Priorität haben, erwarte sie „auch von der Gewobag, die sich laut Kooperationsvereinbarung mit dem Land Berlin verpflichtet hat, bezahlbare Mieten für kleine und mittlere Einkommen im Blick zu haben“, teilte Sommer mit.

Gewobag: Resonanz der Mieter in Spandau positiv

Offiziell übernommen hatte die Gewobag die Wohnungen in Spandau und Reinickendorf zum 1. Dezember des vergangenen Jahres. „Mittlerweile haben wir uns einen Überblick über den Bestand und die Bedarfe vor Ort verschafft und sind mit den Akteuren vor Ort, zum Beispiel dem Quartiersmanagement, im Dialog“, sagte eine Sprecherin auf Nachfrage. Die Resonanz aus der Mieterschaft zu den Leistungen der Reinigungs- und Grünpflegefirmen sei bisher positiv – mangelnde Sauberkeit beschäftigt im Kiez Heerstraße Nord seit langem die Bewohner.

Konkrete Sanierungsplanungen gebe es für den Spandauer Kiez aber noch nicht. Nach dem Verkauf war auch öffentlich geworden, dass die Wohnungen, wie viele, die in den 1960er- und 1970er-Jahren gebaut wurden, mit Asbest belastet sind. [Der finanzielle Aufwand für Sanierungen sei aufgrund der Baualtersklassen aber erfasst und berücksichtigt worden, als es um den Kaufpreis ging, hatte eine Sprecherin der Gewobag damals erklärt.](#)

Insgesamt 920 Millionen Euro hatte das Unternehmen für die 5894 Wohn- und 70 Gewerbeeinheiten in Spandau und Reinickendorf gezahlt.

